



NABU-Forderungen zu den Koalitionsverhandlungen

Resolution der Bundesvertreter*innenversammlung 2021



Der Koalitionsvertrag muss ein Notprogramm für die Natur und ein 100-Tage-Gesetz fürs Klima enthalten

Der Aufbruch zu nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweisen, die im Einklang mit der Natur sind, ist die Kernaufgabe der neuen Bundesregierung. Als viertgrößte Industrienation der Welt und größte Europas kann unser Land hier mehr bewegen als viele andere. Leider ist die Bundesregierung dieser Verantwortung bisher weder beim Naturschutz noch beim Klimaschutz gerecht geworden. Das zu ändern ist Kernaufgabe der neuen Regierung. SPD, Grüne und FDP haben im Wahlkampf einen Aufbruch versprochen, im Sondierungspapier ist ein ökologischer Aufbruch aber noch nicht erkennbar. Klar wird dort formuliert, was die Ampel bei der Schuldenbremse und der Steuerpolitik will. Klar sind auch Ziele bei Rente und Mindestlohn. Aber beim Klimaschutz ist wenig und beim Naturschutz noch gar nichts klar!

Der Wahlkampf ist vorbei, aber wir haben die Versprechungen nicht vergessen. Nach den schrecklichen Hochwasserkatastrophen an Ahr und Erft war parteiübergreifend davon die Rede, jetzt müssten Flüsse renaturiert und Flächen entsiegelt werden, um das Ausmaß solcher Hochwässer in Zukunft zu verringern. Das muss jetzt auch umgesetzt werden! Im Wahlkampf hat die SPD einen Kanzler für Klimaschutz, die Grünen eine Klimaregierung und die FDP Klimaschutz „mit German Mut“ versprochen. Der NABU als mitgliederstärkster Naturschutzverband Deutschlands erwartet von den Koalitionsparteien, dass sie mit einem Notprogramm für die Natur und einem 100-Tage-Gesetzespaket für das Klima schnell ins Handeln kommen.

Mit der Welt-Natur-Konferenz 2022 besteht die Chance, endlich zu einem verbindlichen internationalen Abkommen zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu kommen. Die biologische Vielfalt hat für Gesundheit, Wohlstand und Sicherheit eine ebenso hohe Relevanz wie das Klima. Wie eng Klima- und Artenkrise miteinander verwoben sind, beschreibt der gemeinsame Bericht des Weltklimarates mit dem Weltbiodiversitätsrat.

Kontakt

NABU-Bundesgeschäftsstelle

Michael Schäfer
Fachbereichsleiter Klima- und
Umweltpolitik

Bundestagswahl@NABU.de

Der Verlust an biologischer Vielfalt ist eine stille Krise. Sie wird ausgelöst durch eine Vielzahl menschlicher Faktoren – Vernichtung von Wäldern, Trockenlegung von Mooren, industrielle Überfischung und Vermüllung der Meere, industrielle Landwirtschaft, übermäßiger Verbrauch an Rohstoffen und Gütern, Einsatz naturfeindlicher Stoffe, sowie Übernutzung unserer Böden. Die weltweite Naturzerstörung vollzieht sich in einem exponentiellen Tempo, so dass wir von einer Naturkrise sprechen müssen. Sie ist für uns Menschen so existenziell wie die Klimakrise.

Die Naturkrise muss wie die Klimakrise ganz nach oben auf die Agenda der neuen Bundesregierung. Beide erfordern schnelles und konsequentes Handeln. Deshalb fordert der NABU:

Ein Notprogramm für die Natur

1. **Der Natur mehr Raum geben:** Ein nationaler Renaturierungsplan muss sicherstellen, dass sich auf mindestens 15 Prozent der Landes- und Meeresflächen geschädigte Lebensräume erholen können. Die Umsetzung muss spätestens zur Mitte der Legislatur erfolgen. Dabei erhalten die Ökosysteme Vorrang, die besondere Bedeutung für Biodiversität und Kohlenstoffbindung haben und als Naturraum erhalten (z.B. Bergbaufolgelandschaften) und mit guten Erfolgsaussichten wirksam renaturiert werden können (z. B. Moore, Grünland, Auen, Wälder und Seegraswiesen). Zur Finanzierung werden jährlich 500 Millionen Euro in einem Renaturierungsfonds bereitgestellt, der auch ein aufgestocktes Bundesprogramm Biologische Vielfalt umfasst.
2. **Schutzgebiete wirksam machen:** Weitere 500 Millionen Euro jährlich müssen zusätzlich für Schutz und Management der über fünftausend deutschen Schutzgebiete fließen. Da dies in erster Linie Ländersache ist, muss dies über einen Sonderrahmenplan in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) geschehen.
3. **Ein Pakt für Artenschutz und grüne Infrastruktur:** Bedrohte Arten, die durch den Ausbau klimagerechter Infrastruktur und erneuerbarer Energien unter zusätzlichen Druck geraten, brauchen spezielle, gut finanzierte Hilfsprogramme. Die Biotopvernetzung muss gerade im Klimawandel prioritär vorangetrieben werden. Als übergeordnetes Fachkonzept ist an das vorliegende Bundeskonzept „Grüne Infrastruktur - Biotopverbund, Lebensraumnetze und Achsen/Korridore“, welches Funktionsräumen und Achsen in Deutschland für Trocken-, Feucht- und Waldlebensräume sowie das sogenannte „Grüne Band“ festgelegt hat, anzuknüpfen. Damit besser und schneller geplant werden kann, muss die Öffentlichkeit früher eingebunden werden.
4. **Landwirtschaft mit Zukunft:** Gemeinsam mit der Landwirtschaft müssen wir das EU-Ziel erreichen, dass mindestens zehn Prozent der landwirtschaftlichen Fläche als nichtbewirtschaftete Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen zur Verfügung stehen. Zudem muss die Förderung des Ökolandbaus auf das 25 Prozent Ziel des Green Deal ausgerichtet werden. Außerdem muss die Bundesregierung einen nationalen **Reduktionsplan für Pestizide und deren Gefährdungspotenzial** erstellen und umsetzen, genauso wie einen Plan zur **Anpassung der Rinderbestände** auf grünlandbasierte Haltung. Die Pläne zur Umsetzung der EU-Agrarpolitik (2023-2027) müssen überarbeitet werden. Der Anteil Ökoregelungen an der Ersten Säule muss im Lauf der Förderperiode auf

50, die Umschichtung der Ersten in die Zweite Säule auf 25 Prozent steigen. Alle geförderten Maßnahmen müssen erwiesen wirksam für den Natur- und Klimaschutz sein.

5. **Ein „Blue Deal“ für den Schutz der Meere:** Die Bundesregierung muss eine Meeresschutzoffensive starten, die Meeresschutz konsequent im Einklang mit den globalen Nachhaltigkeitszielen umsetzt. So sollen marine Lebensräume und zentrale Funktionen des Ökosystems endlich geschützt werden. Außerdem sollte die Bundesregierung mindestens 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen, um die Munition der Weltkriege aus dem Meer zu bergen.
6. **Den Wald stärken:** Um Artenvielfalt und Umweltleistungen des Waldes als Lebensraum zu schützen, muss die Bundesregierung als zentrale Verpflichtung für die Mitgliedsstaaten aus dem Green Deal insbesondere Ur- und Altwälder („old-growth“) entsprechend der Definitionen von IUCN und CBD unverzüglich erfassen und strikt schützen und im Einklang mit der EU-Biodiversitätsstrategie einen angemessenen Anteil anderer für die Biodiversität und den Klimaschutz wertvoller Wälder als nutzungsfreie Schutzgebiete ausweisen. Außerdem sollen die **Umweltleistungen**, die naturnahe und natürliche Waldbestände erbringen – gerade auch die Biodiversität – finanziell gefördert werden, wenn sie über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums wesentlich hinausgehen. Eine pauschale Flächenförderung ist dagegen nicht zielführend. **Holzverbrennung** muss zurückgeführt und darf daher nicht mehr gefördert werden. Waldböden sind große Kohlenstoffspeicher und brauchen einen stärkeren Schutz vor Verdichtung und Humusabbau.
7. **Die Naturkrise zu einer Priorität der internationalen Politik machen:** Die neue Bundesregierung muss Deutschland schnell wieder zum Champion im globalen Naturschutz machen, insbesondere bei den Verhandlungen unter der UN-Biodiversitätskonvention. Konkret braucht es hierfür **Naturschutzhilfen** in Höhe von künftig zwei Milliarden Euro jährlich. Außerdem sollte die Bundesregierung das Thema Biodiversität zu einem Schwerpunkt der **deutschen G7-Präsidentschaft 2022 machen**.

Ein 100-Tage-Gesetzespaket für den Klimaschutz

8. **In den ersten 100 Tagen muss die neue Bundesregierung die Weichen umstellen auf konsequenten Klimaschutz:** Das Paket muss Sofortmaßnahmen umfassen zur Beschleunigung des Kohleausstiegs, den Abbau von klimaschädlichen Subventionen wie den Steuerprivilegien für Diesel und Kerosin, eine Anhebung der CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich, eine nach CO₂ differenzierte LKW-Maut und eine Anpassung des Klimaschutzgesetzes an die neuen Klimaziele der Europäischen Union: Das Klimaziel für 2030 muss auf mindestens -70 Prozent gegenüber 1990 angehoben werden.
9. **Kohleausstieg bis 2030 und ein beschleunigter, naturverträglicher Ausbau der erneuerbaren Energien:** Die Bundesregierung muss den Kohleausstieg bis spätestens 2030 vollenden, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einhalten zu können. Die Bundesregierung muss den Anteil der erneuerbaren Energien am Strom-Mix jährlich um mindestens 3,5 Prozent steigern. Dafür sind unter anderem eine Erhöhung der Ausschreibungsmengen sowie eine verbindliche Regionalplanung nötig. In schnellen Schritten sollen alle geeigneten Dächer verbindlich mit Solaranlagen ausgestattet werden.

10. **Die Energie- und Ressourceneffizienz muss stark gesteigert werden.** In unseren Gebäuden liegt ein großes Potenzial für die Energieeinsparung und -gewinnung. Die Bundesregierung muss Photovoltaik, Solarthermie und Dachbegrünung mit bis zu 50 Prozent der Kosten fördern, den Ersatz bestehender Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen stärker bezuschussen und die energetische Sanierung von Altbauten vorantreiben. Gleichzeitig muss die Bundesregierung als Bestandteil ihrer Klimapolitik ihre Einzelstrategien zusammenführen, darunter die Rohstoffstrategie und die Programme zur Abfallvermeidung, zum nachhaltigen Konsum sowie zur Ressourceneffizienz.
11. **Eine Pause beim Neubau von Bundesfernstraßen:** Ein Moratorium für den Bau von Bundesfernstraßen verhindert weitere, irreparable Schäden für den Natur- und Klimaschutz. Projekte müssen darauf überprüft werden, ob sie verträglich mit den neuen Klima-, Naturschutz- und Flächenverbrauchszielen sind. Bundesverkehrswege müssen der Mobilitätswende dienen, Bundesgelder in den Erhalt fließen – nicht in den Neubau von Straßen.
12. Der **§13b des Baugesetzbuchs** muss ersatzlos gestrichen werden, da er einen fatalen Fehlanreiz für zusätzlichen Flächenverbrauch im Außenbereich von Gemeinden bietet.

Mit einem solchen Notprogramm für die Natur und einem 100-Tage-Gesetzespaket für den Klimaschutz muss die neue Bundesregierung die Wende zu einer Politik einleiten, die uns ein Leben und Wirtschaften im Einklang mit der Natur ermöglicht. Hierbei ist es notwendig, die gesamte Bevölkerung einzubeziehen. Neben Sofortmaßnahmen geht es um grundlegende Weichenstellungen. Für ein Leben innerhalb der planetaren Grenzen braucht es mehr als den Ersatz von Benzin durch Strom, den Ersatz von Kohle durch Erneuerbare und den Ersatz von Beton durch Holz: Wir müssen unseren Verbrauch von Energie, von Rohstoffen und Waren insgesamt reduzieren – durch Einsparung und Effizienz. Auch hier muss die neue Bundesregierung einen Politikwechsel einleiten und zu einem ehrlichen Diskurs kommen.

Innerhalb der Koalitionsverhandlungen wird entschieden, in welche Richtung Deutschland in der 20. Legislaturperiode geht. Klar ist: Um ein Massenartensterben zu verhindern und die Erderhitzung zu bremsen, müssen sich unsere Lebens- und unsere Wirtschaftsweisen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten grundlegend ändern: weniger konsumieren, ressourcenschonender produzieren und unseren Fleisch- und Energieverbrauch verringern. Gleichzeitig müssen wir weg von einer stark ressourcenverbrauchenden Vergangenheit hin zu einer nachhaltigen und erneuerbaren Zukunft, deren Gestaltung sozial verträglich erfolgt.

Wir sind davon überzeugt, dass wenn in den Koalitionsverhandlungen die Weichen klug gestellt werden, Biodiversitäts- und Klimakrise sowie soziale Fragen gleichzeitig adressiert werden können, Arbeitsplätze mit Zukunft in allen Landesteilen entstehen und die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft in Deutschland gleichermaßen profitieren.